

# Preussische Gesetzsammlung

1935

Ausgegeben zu Berlin, den 19. Juni 1935

Nr. 14

Tag	Inhalt:	Seite
12. 6. 35.	Verordnung über die Verteilung des Landeranteils an der Jagdscheingebuhr und I. Verordnung zur nderung der Verwaltungsgebuhrenordnung .....	83
	Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen .....	83
	Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblatter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw. ....	84

(Nr. 14260.) **Verordnung über die Verteilung des Landeranteils an der Jagdscheingebuhr und I. Verordnung zur nderung der Verwaltungsgebuhrenordnung. Vom 12. Juni 1935.**

Auf Grund des § 27 Abs. 6 der Ausführungsverordnung zum Reichsjagdgesetz vom 27. Marz 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 431) und des § 4 Abs. 1 des Gesetzes über staatliche Verwaltungsgebuhren vom 29. September 1923 (Gesetzamml. S. 455) wird folgendes verordnet:

## § 1.

Von dem Landeranteil an der Jagdscheingebuhr fließt die Halfte zur Staatskasse, die andere Halfte zur Kreiskommunalkasse, in den Stadtkreisen zur Gemeindefasse.

## § 2.

Tarifnummer 44 a der Verwaltungsgebuhrenordnung vom 19. Mai 1934 (Gesetzamml. S. 261) erhalt folgende Fassung:

Jagdscheine. Es gelten die reichsrechtlich geregelten Gebuhrensatze.

## § 3.

Die Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 12. Juni 1935.

Der Reichsforstmeister und  
Preussische Landesforstmeister.

In Vertretung:  
v. Reudell.

Der Preussische  
Finanzminister.

In Vertretung:  
Landfried.

Der Reichs- und Preussische  
Minister des Innern.

In Vertretung:  
Grauert.

## Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen

(§ 2 des Gesetzes vom 9. August 1924 — Gesetzamml. S. 597).

Im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 115 vom 18. Mai 1935 ist eine von dem Minister des Innern erlassene viehscheunpolizeiliche Anordnung vom 14. Mai 1935 zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche für die Provinz Schleswig-Holstein erlassen. Die Anordnung ist am 14. Mai 1935 in Kraft getreten.

Berlin, den 5. Juni 1935.

Reichs- und Preussisches Ministerium des Innern.

**Bekanntmachung.**

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 26. April 1935  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Labern zum Bau eines  
Weinbergwegs  
durch das Amtsblatt der Regierung in Trier Nr. 19 S. 61, ausgegeben am 11. Mai 1935;
2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 20. Mai 1935  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich zum Erwerb von  
Grundeigentum in den Gemarkungen Rähmen-Murzig und Croffen (Oder) für Reichs-  
zwecke  
durch das Amtsblatt der Regierung in Frankfurt (Oder) Nr. 22 S. 145, ausgegeben am 1. Juni 1935;
3. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 21. Mai 1935  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich zum Erwerb von  
Grundeigentum in den Gemarkungen Rahlstedt und Neurahlstedt für Reichszwecke  
durch das Amtsblatt der Regierung in Schleswig Nr. 23 S. 178, ausgegeben am 8. Juni 1935;
4. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 24. Mai 1935  
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Suhl zur Anlage eines  
Sportplatzes  
durch das Amtsblatt der Regierung in Erfurt Nr. 22 S. 102, ausgegeben am 1. Juni 1935.

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Druck: Preußische Druckerei- und  
Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin.

Verlag: R. v. Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W 9, Linkstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preußischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,10 RM vierteljährlich);  
einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden.  
Preis für den achteitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Pf., bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. G. Preisermäßigung.